

## Einigung bei Rechtsanwaltsvergütung

28.04.2004, 23:35 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *SPD*

---

28. August 2003

Zu dem heute vom Bundesjustizministerium an die Länder versandten Entwurf eines Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes erklärt der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Stuenker:

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüsst, dass es nach längeren Verhandlungen zwischen der Bundesministerin der Justiz und der Anwaltschaft zu einer Einigung im Bereich der Rechtsanwaltsvergütung gekommen ist. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird hoffentlich auch im Bundesrat Zustimmung finden.

Gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht vor allem deshalb, weil seit zehn Jahren keine Gebührenanpassung stattgefunden hat. Die Anpassung erfolgt in einem massvollen Rahmen und soll die Preissteigerung ausgleichen.

Die Neustrukturierung spiegelt zudem den Wandel der anwaltlichen Tätigkeit wider. Etwa 70 Prozent aller an den Anwalt herangetragenen Fälle werden mittlerweile aussergerichtlich erledigt. Besonders wichtig ist deshalb die vorgesehene stärkere Förderung der einvernehmlichen Streitbeilegung durch das Gebührenrecht. Dies betrifft sowohl die angemessene Vergütung des anwaltlichen Engagements bei aussergerichtlichen Streitbeilegungen, als auch die Reduzierung der Gerichtskosten bei einvernehmlichen gerichtlichen Streitbeilegungen.

### Portrait

Mit dem Gesetzentwurf sollen gleichzeitig die Gerichtskosten und die Vergütung für Sachverständige sowie die Entschädigung für ehrenamtliche Richter, Zeugen und Schöffen vereinfacht und an die heutigen Erfordernisse angepasst werden. Insgesamt entsteht ein geschlossenes, zeitgemässes Kostenrechtssystem.

---

News-ID: 5968 • Views: 71 (Stand: 14.05.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/5968/Einigung-bei-Rechtsanwaltsverguetung.html>